

**Mammografie-Screening**

# Zahl der Teilnehmerinnen leicht gestiegen

Im Berichtsjahr 2021 haben – trotz Coronapandemie – erstmals mehr als drei Millionen Frauen am Mammografie-Screening teilgenommen. Nach Angaben der Kooperationsgemeinschaft Mammografie, die das Screening koordiniert und evaluiert, ist die Teilnehmerate damit im Vergleich zu den Vorjahren leicht angestiegen. Die höchste Teilnehmerate mit fast 86 Prozent ist bei Frauen zu verzeichnen, die bereits Untersuchungen im Screening-Programm wahrgenommen haben und einer Folgeeinladung nachkommen. Von den Frauen, die erstmals eingeladen wurden, nahmen 2021 46,5 Prozent teil. Die durchschnittliche Brustkrebsentdeckungsrate lag dem Bericht zufolge bei 6,1 von 1.000 untersuchten Frauen. Dabei wurden trotz pandemiebedingter Verzögerungen überwiegend prognostisch günstige, kleine Karzinome diagnostiziert.

Seit 2005 haben in Deutschland Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren alle zwei Jahre



*Im Jahr 2021 wurde im Rahmen des Mammografie-Screenings bei 19.000 Frauen ein Karzinom entdeckt.*

Foto: Framestock/stock.adobe.com

Anspruch auf eine Untersuchung im Rahmen des Mammografie-Screening-Programms. Ab 1. Juli 2024 ist eine Teilnahme bis zum Alter von 75 Jahren möglich. Damit haben zusätzlich 2,5 Millionen Frauen Anspruch auf diese Früherkennungsuntersuchung. **HK**

**Weiterbildung**

# Geplantes Facharztgesetz versetzt Ärzteschaft in Unruhe

In der Regel prangte vor 50 Jahren auf der Titelseite des *Rheinischen Ärzteblatts (RÄ)* eine Werbeanzeige der Pharmaindustrie. Nicht so in der Ausgabe vom 10. März 1974. In großen Lettern war da zu lesen: „Hat Minister Figgen keine Zeit für die demokratisch gewählten Organe der Ärztekammer?“ und noch größer: „Unruhe in der Ärzteschaft wegen des Facharztgesetzes“. Seit Oktober 1973 liefen die Ärztekammern Sturm gegen das auf der Landesgesundheitsministerkonferenz konzertierte „Facharztgesetz“, das in ihren Augen die ärztliche Selbstverwaltung zugunsten von staatlicher Beeinflussung schwächen sollte. Auch sahen die Kammern die Gefahr der Aufspaltung des Arztberufs als Konsequenz der vorgesehenen Facharztprüfungen. Staatlich geregelte theoretische Prüfungen seien ohne die Beurteilung weiterer Fakten kein geeignetes Instrument, um über die Facharztqualifikation zu entscheiden. Auch die

Schaffung von Parallelkompetenzen für Staat und Kammern bei der Einführung neuer Fach- und Teilgebiete könnte heikle ärztlich-wissenschaftliche Fragen auf die politische Ebene verlagern, wo nicht medizinische Aspekte Entscheidungen beeinflussen könnten, kritisierte das RÄ. Auch sei es nicht in allen Gebieten und Teilgebieten sinnvoll, die Weiterbildungsstätte, wie vorgesehen, nach spätestens zwei Dritteln der Weiterbildungszeit zu wechseln. Dies berge die Gefahr von vermeidbaren Härten für Ärzte in der Weiterbildung. Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Friedrich-Wilhelm Koch, versuchte, durch Briefe, Resolutionen und andere Eingaben einen Gesprächstermin beim zuständigen nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Werner Figgen zu bekommen, um die Bedenken der Ärzteschaft mündlich vorzutragen zu können. Den letzten Brief des Kammerpräsidenten vom 18. Februar 1974 druckte das RÄ in voller Länge ab. Eine Antwort blieb Figgen schuldig. So endete der Artikel mit dem Satz: „Minister Figgen schweigt weiter ...“ **bre**

**RA** VOR 50 JAHREN

**„Praxis für alle“**

# Ärzte als Helfer gesucht

Die CAYA-Praxis, eine feste medizinische Anlaufstelle für Wohnungslose, andere sozial Benachteiligte und Menschen ohne Krankenversicherung im Kölner Stadtteil Mülheim, sucht Ärztinnen und Ärzte, die sich ehrenamtlich in diesem Projekt engagieren wollen. Ziel von CAYA ist es, die Betroffenen auf dem Niveau einer Hausarztpraxis kontinuierlich und hochwertig kostenfrei medizinisch zu versorgen. Der gemeinnützige Verein, der sich 2021 gegründet hat, finanziert sich ausschließlich aus Spenden. Informationen und Kontakt: <https://www.caya-koeln.de/>, [info@caya-koeln.de](mailto:info@caya-koeln.de) **HK**

**Arzneimittel**

# Appell der Ärzte

Die Bundesärztekammer (BÄK) und die Österreichische Ärztekammer appellieren an Politik und pharmazeutische Industrie, endlich entschieden und gemeinsam gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln vorzugehen. Im Nachgang gemeinsamer Beratungen betonte die BÄK-Vizepräsidentin Dr. Ellen Lundershausen, dass Aspekte der Lieferfähigkeit stärker berücksichtigt werden müssten. So stehe es nicht gut um die Versorgungssicherheit, wenn fast 70 Prozent der Produktionsstätten von Wirkstoffen, die für den europäischen Markt bestimmt sind, in Asien liegen. Europa sollte in der Lage sein, einen größeren Teil seines Bedarfs selbst zu decken. Die Politik müsse hierfür die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. **TG**